

<p style="text-align: center;">Ergebnisprotokoll der 25. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 22.08.2013</p>
--

Beginn: 15.45 Uhr

Ende: 17.50 Uhr

Anwesende: I Deputation

- | | |
|---|---|
| 1. vom Senat | Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich |
| 2. von der Bürgerschaft | |
| SPD-Fraktion | Herr Liess
Herr Gottschalk
Herr Sulimma
Frau Kennard
Herr Pohlmann |
| CDU-Fraktion | Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Strohmänn |
| Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Herr Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schaefer |
| Die Linke | Herr Arndt |

II *Verwaltung*

Herr Dr. Sünnemann	Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
Frau Zimmermann	kehr
Frau Kleemann	
Frau Odenkirchen	
Herr Eickhoff	
Frau Urban	
Herr Imholze	
Frau Kamp	
Herr Polzin	
Herr Viering	
Frau Prof. Dr. Reuther	
Frau Köhnlein	
Herr Ernsing	
Herr Leferink	
Herr Wessel	
Herr Flassig	
Frau Pieper	ASV
Herr Donaubaue	BBN

III *Gäste*

Herr Oertel	Naturschutzbeirat
Herr Blanke	Beiratssprecher Huchting
Herr Nowack	OAL Blumenthal
Frau Arndt	BSAG
Herr Steuck	Landesbehindertenbeauftragter

IV *Gastdeputierte*

Frau Metschies	SPD-Fraktion
Herr Hamann	SPD-Fraktion
Herr Saffe	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Dr. Schierenbeck	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Hipp	CDU-Fraktion

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 25. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Als Tischvorlage liegt vor:

TOP 17b) Grüner Pfeil

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 18/20 der Sitzung am 30.05.2013 Protokoll 18/21 der Sitzung am 13.06.2013 Protokoll der Sondersitzung am 19.06.2013)	
-------	---	--

Beschluss

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt den vorgelegten Protokollen zu.

einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Um Irritationen zu vermeiden, werden künftig die TOP der aktuellen Sitzung weiterhin in der Liste geführt.

Beschluss

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

einstimmig.

TOP 4	Bebauungsplan 2398 für ein Gebiet in Bremen - Neustädter Hafen, Niedervielander Straße -zweite öffentliche Auslegung -64- / -FB01-	Vorlage 18/270
-------	---	-------------------

Herr Imhoff bittet um eine Information über die Größe der Naturschutzfläche und des Gewerbegebiets.

Diese Information wird nachgereicht.

Beschluss:

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2398 für ein Gebiet in Bremen - Neustädter Hafen, Nieder- vielander Straße (Bearbeitungsstand: 25.04.2013) mit der entsprechenden Begründung zu.“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2398 für ein Gebiet in Bremen - Neustädter Hafen, Nieder- vielander Straße (Bearbeitungsstand: 25.04.2013) einschließlich Begründung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen ist (zweite öffentliche Auslegung).“

einstimmig

TOP 5	Bebauungsplan 2394 für ein Gebiet in Bremen-Borgfeld an der Straße Hinterm Moorlande und westlich des Landes- schutzdeiches -Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung -Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwick- lung und Energie	Vorlage 18/279
-------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs 2394 für ein Gebiet in Bremen-Borgfeld an der Straße Hinterm Moorlande und westlich des Landesschutz-
deiches (Bearbeitungsstand: 22.05.2013) abgesehen wird.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungs-
planes 2394 für ein Gebiet in Bremen-Borgfeld an der Straße
Hinterm Moorlande und westlich des Landesschutzdeiches (Be-
arbeitungsstand: 22.05.2013).

einstimmig

TOP 6	Bebauungsplan 2439 - Änderung des Bebauungsplanes 2300 gemäß § 13 Bauges- etzbuch (BauGB) - für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Leher Heerstraße, Lilienthaler Heerstraße und Bundesautobahn A 27 -Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung -Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwick- lung und Energie	Vorlage 18/280
-------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs 2439 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Leher Heerstraße, Lilienthaler Heerstraße und Bundesautobahn A 27 (Bearbeitungsstand: 08.07.2013) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2439 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Leher Heerstraße, Lilienthaler Heerstraße und Bundesautobahn A 27 (Bearbeitungsstand: 08.07.2013).

einstimmig

TOP 7	Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 162. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für den Geltungsbereich des Bebauungsplans 2426 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Delfter Straße und Auf den Kahlken -64- / -FB 01-	Vorlage 18/277
-------	---	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass der Beirat Huchting einen ablehnenden Beschluss zu dieser Vorlage gefasst habe. Nach dem Ortsbeirätegesetz sei dies in der Abwägung mit zu berücksichtigen. Der Sprecher des Beirats sei anwesend.

Frau Dr. Schaefer trägt vor, dass die Verlängerung der Veränderungssperre den im Beirat geäußerten Wünsche ihrer Meinung nach nicht entgegen stehe. Daher empfiehlt sie, der Vorlage zuzustimmen, gleichzeitig aber auch erneut das Gespräch mit dem Beirat zu suchen.

Herr Senator Dr. Lohse erläutert die Terminleiste. Die Veränderungssperre laufe am 19.10.2013 aus. Daher müsse die Verlängerung am 24.09.2013 von der Stadtbürgerschaft beschlossen werden. Um diese Plenarsitzung zu erreichen, sei eine Entscheidung in der heutigen Sitzung erforderlich.

Herr Pohlmann betont, dass es nicht im Interesse des Beirats und der Bevölkerung vor Ort sein könne, durch das Auslaufen der Veränderungssperre das alte Planungsrecht gelten zu lassen. Es sei unglücklich, dass dieser Zeitdruck hier entstanden sei. Er empfehle jedoch ebenfalls, der Vorlage zuzustimmen und bittet darum, dies mit dem Beirat entsprechend zu kommunizieren.

Herr Imhoff stellt fest, dass ein ablehnender Beschluss des Beirats vorliege. Dieser lasse keine Interpretation zu. Dem Beirat war versprochen worden, dass dieser Schandfleck schnell beseitigt werde. Nachdem die Veränderungssperre nun ein Jahr gelte, habe sich die Situation nicht geändert. Gemäß dem Beirätegesetz sei bei Veränderungssperren und sonstigen Stadtentwicklungsplänen ein Einvernehmen herzustellen und dieses Einvernehmen liege nicht vor. **Er beantragt daher die Aussetzung dieses TOP.**

Herr Viering erläutert, dass mit Ablauf der Veränderungssperre das alte Planrecht uneingeschränkt gelte. Es handele sich hier um Gewerbegebiete, die insbesondere in den 60 er Jah-

ren beschlossen worden seien. Dort sei die Rechtslage so, dass Einzelhandel ohne Größenbeschränkung möglich sei. Es sei im Sinne des Nahversorgungskonzeptes und damit auch der Stadtteilpolitik, die Größe des zulässigen Einzelhandels zu steuern.

Rechtlich gebe es einerseits das Baugesetzbuch, das regle, wie die Bebauungspläne und Satzungen zustande kommen, dazu gehöre die Veränderungssperre. Diese werde letztlich von der Stadtbürgerschaft beschlossen und anschließend verkündet. Andererseits regle das Ortsbeirätegesetz die Beteiligungsrechte des Beirats. Werde ein Einvernehmen, u. a. bei Veränderungssperren, nicht hergestellt, entscheide nach Anhörung in der Deputation die Bürgerschaft. Am Ende stehe also ein Beschluss der Stadtbürgerschaft, egal welchen Weg man gewählt habe.

Herr Senator Dr. Lohse stellt klar, dass er die Beiträge so verstanden habe, dass man versuchen möchte, nachträglich das Einvernehmen mit dem Beirat herzustellen, da davon ausgegangen werde, dass inhaltlich keine Differenzen bestehen.

Herr Imhoff kritisiert, dass so mit Beiratsrechten nicht richtig umgegangen werde. Wenn kein Einvernehmen hergestellt wurde, sei in § 11 Abs. 1 bis 4 Ortsbeirätegesetz klar geregelt, wie dann vorzugehen sei.

Herr Senator Lohse stellt den **Antrag auf Aussetzung des TOP zur Abstimmung.**

*Für die Aussetzung stimmt die Fraktion der CDU
Gegen die Aussetzung stimmen die Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE*

Der Antrag auf Aussetzung ist damit abgelehnt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 162. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für den Geltungsbereich des Bebauungsplans 2426 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Delfter Straße und Auf den Kahlken zu.

Gegen die Stimmen der Fraktion der CDU

TOP 8	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 58 (mit Vorhabenplan 58) zum Vorhaben (Erweiterung einer Altenpflegeeinrichtung an der Rekumer Straße" für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der-Rekumer Straße 196 (Flurstück 162/1, der Flur VR 126) (Planaufstellungsbeschluss beschleunigtes Verfahren § 13a) -BBN-	Vorlage 18/276
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand 09.07.2013) bezeichnete Gebiet in Bremen - Blumenthal an der Rekumer Straße 196 (Flurstück 162/1 der Flur VR 126) ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbe-

schluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 58 - mit Vorhabenplan 58). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 58 (mit Vorhabenplan 58) für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand 09.07.2013) bezeichnete Gebiet in Bremen - Blumenthal an der Rekumer Straße 196 (Flurstück 162/1 der Flur VR 126) im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt werden soll.*

einstimmig

TOP 9	Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025 - Ergebnisse der Chancen- und Mängelanalyse - -5-	Vorlage 18/271
--------------	--	-------------------

Frau Mechels vom Planungsbüro führt in die Vorlage ein.

Herr Senator Lohse ergänzt, dass der Prozess durch den Lenkungskreis gesteuert und begleitet werde, dort seien die Handelskammer, der ADAC, der BUND und der ADFC vertreten. Es mache die Qualität dieses Prozesses aus, dass sich verschiedene gesellschaftliche Stimmen wieder finden. Dieser Zwischenbericht sei vom Lenkungskreis einstimmig so verabschiedet worden und werde daher breit getragen.

Herr Pohlmann hinterfragt, inwieweit die Online Befragung tatsächlich die breite Meinung repräsentiere. Es hätten sich ganze Stadtregionen wenig beteiligt. Er stellt fest, dass es nicht gelungen sei, alle Teile der Stadtgesellschaft in der Breite zu beteiligen. Dies betreffe u. a. die ältere Generation, ebenso wie Migrantinnen und Migranten. Daran müsse man arbeiten.

Herr Senator Lohse nimmt den Hinweis auf, dass mit der Präsentation der Ergebnisse vorsichtig umzugehen sei. Dieser Beteiligungsprozess werde jedoch in der gesamten Republik als richtungsweisend und vorbildlich angesehen und sogar für einen Preis nominiert. Hier werde Demokratie weiter entwickelt, Beteiligungsverfahren und damit die Partizipationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Gleichwohl gebe es immer Optimierungspotential.

Herr Saxe führt aus, dass Beteiligung nicht immer repräsentativ sein könne, weil sich Personen interessengeleitet beteiligen oder eben auch nicht. Beteiligung sei deshalb aber nicht überflüssig, sondern sehr wichtig. Dass das Beteiligungsverfahren nominiert worden sei, zeige, dass Außenstehende dies für ein sehr gutes und ambitioniertes Verfahren halten. Es sei eine Vielzahl von Anregungen angekommen, auch wenn man sicher nicht alle umsetzen könne. Deutlich werde, dass sich die Mobilität verändern werde. Aufgrund der kurzen Wege in Bremen gebe es hohe Verlagerungspotentiale. Die vermehrte Nutzung von Car- Sharing, Fahrrad oder ÖPNV entlaste auch den MIV. Wichtig sei die Multimodalität. Sie funktioniere nur, wenn über gute Verknüpfungspunkte von der einen zur anderen Mobilität gewechselt werden könne. Ein Fakt sei auch, dass Wirtschaftsverkehre künftig zunehmen werden. Die Analyse sei eine gute Basis, um weitere Schlüsse zu ziehen. Das Beteiligungsverfahren sei vorbildlich, aber nicht unbedingt repräsentativ.

Frau Dr. Schierenbeck problematisiert ebenfalls, dass die Beteiligung nicht repräsentativ sei. In den Bürgerforen seien überwiegend Männer präsent gewesen. Im Internet, soweit nachvollziehbar, hätten sich sehr viele Autofahrer und sehr viele Männer beteiligt. Es fehlten Migrantinnen und Migranten, Fußgängerinnen und Fußgänger und Ältere. Bürgerbeteiligung erfordere

auch ein gewisses Engagement von den Bürgerinnen und Bürgern. Es sei ein Angebot, kein Zwang. Hier müsse man überlegen, was verbessert werden könne. Die Ergebnisse der Analyse seien relativ klar und eine gute Grundlage für den nächsten Schritt.

Herr Senator Lohse ergänzt, dass er mit Frau Haufe vereinbart habe, den Punkt Genderbelange nachzuarbeiten. Ein Gespräch zwischen Frau Haufe und Herrn Polzin sei bereits verabredet.

Herr Staatsrat Golasowski berichtet, dass der Projektbeirat das Selbstverständnis entwickelt habe, die Qualität des VEP zu sichern. Ob die Online- Befragung möglicherweise nicht repräsentativ sei, wurde in der letzten Sitzung des Projektbeirates erörtert. Eine Verbesserung sei nur über eine aufsuchende Beteiligung zu erzielen, dies werde man im weiteren Verlauf diskutieren.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stimmt der Chancen- und Mängelanalyse zu.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Chancen- und Mängelanalyse der weiteren Bearbeitung des VEP zugrunde zu legen und im nächsten Schritt geeignete Maßnahmen und Szenarien im Einklang mit den Zielen des VEP zu entwickeln.*

einstimmig

TOP 10	Ersatzbau EÜ Sebaldsbrücker Heerstraße (Zeppelin-tunnel) einschl. Trog und Verkehrsanlage Bereitstellung der Planungsmittel -ASV-	Vorlage 18/272
---------------	--	-------------------

Herr Hipp begrüßt die Maßnahme außerordentlich. Er möchte wissen, wie weit die Planungen zum S- Bahn Haltepunkt Föhrenstraße seien und inwieweit die verkehrliche Situation anders gestaltet werden könne. Im Moment sei ein Linksabbiegen von stadteinwärts in die Zeppelinstraße nicht möglich.

Herr Polzin erläutert, dass die Planung für den S- Bahn Haltepunkt Föhrenstraße laufe. Es gehe um die Zusammenlegung der Haltepunkte Sebaldsbrück und Hemelingen in einem neuen Haltepunkt Hemelingen Süd. Das Projekt befinde sich in einer vorbereitenden Abstimmung mit der DB.

Frau Pieper ergänzt, dass im Rahmen der Planung zur Umgestaltung auch geprüft werde, inwieweit Verbesserungen im Verkehrsablauf zu erzielen seien. Die Planung werde in der Deputation vorgestellt werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der erforderlichen Planungsleistungen zu.

einstimmig

TOP 11	Autobahnzubringer Hemelingen (BAB A1) - Sanierung Bereitstellung der erforderlichen Planungsmittel -ASV-	Vorlage 18/273
--------	---	-------------------

Herr Arndt erinnert daran, dass der Einsatz von Flüsterasphalt eine der wesentlichen Forderungen aus Hemelingen war, um zu einer Geräuschkürzung zu kommen.

Auf Nachfrage von **Herrn Imhoff** erläutert **Frau Pieper**, dass Splittmastixasphalt aktuell als Standardbelag eingesetzt werde. Dies sei aus Lärmschutzaspekten eine Verbesserung zum bisher verwendeten Asphalt, da der Einsatz von Splittmastixasphalt zu einer Pegelminderung von 2 db(A) führe. Mit offenporigem Asphalt (OPA) könne zwar eine weitere Minderung erzielt werden, allerdings habe dieser auch Nachteile. Im Winter werde diese Oberfläche schneller glatt, wodurch vermehrt gestreut werden müsse. Der Verschleiß sei bei OPA höher, der Belag müsse sehr viel früher erneuert werden. Hinzu komme, dass sich die lärmindernde Wirkung in erster Linie bei höheren Geschwindigkeiten entfalte. Dies alles werde im Rahmen der Lärmmuntersuchung geprüft und das Ergebnis der Deputation vorgelegt werden.

Herr Hipp betont, dass es in Hemelingen deutlich zu laut sei und ein Teil dieser Belastung vom Autobahnzubringer ausgehe. Wenn es möglich sei, dort noch weitere Lärmschutzmaßnahmen zu erreichen, würde dies in Hemelingen sehr begrüßt werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der erforderlichen Planungsleistungen zu.

einstimmig

TOP 12	Ersatzbau BW 201 Wümmebrücke im Zuge der Ritterhuder Heerstraße -ASV-	Vorlage 18/274
--------	--	-------------------

Herr Imhoff möchte wissen, ob es richtig sei, dass die Mehrkosten durch die Baugründung entstanden seien. Auf Bremer Seite habe eine ausgiebige Untersuchung der Bodenverhältnisse stattgefunden, während das auf niedersächsischer Seite nicht so passiert sei. Treffe das Verschulden der Mehrkosten damit Niedersachsen?

Weiter möchte er wissen, ob die verzögerte Fertigstellung der ausführenden Baufirma zur Last gelegt werden könne.

Herr Ernsing erklärt, dass vor der Ausschreibung ein Bodengutachten von der Hochschule Bremen erstellt wurde. Dabei wurden auf beiden Uferseiten Baugrundaufschlüsse gemacht. Um auch Erkundungen im Vorland vorzunehmen, hätte eine Rampe gebaut und nach den Erkundungen wieder entfernt werden müssen, zudem wäre ein Schiffsponton benötigt worden. Dies hätte sehr hohe, zusätzliche Kosten verursacht. Gemeinsam mit der Hochschule habe man beschlossen, dass die Werte aus den Randbereichen im Zusammenhang mit der Baugrunderkarte und mit Aufschlüssen, die an anderen Stellen im Bereich der Lesum gemacht worden seien eine ausreichend hohe Wahrscheinlichkeit bieten, um das Gründungskonzept zu erarbeiten. Im Zuge der Baumaßnahmen wurden dann vor Ort Drucksondierungen zur Bodenuntersuchung vorgenommen. Dabei habe sich herausgestellt, dass der Untergrund doch anders beschaffen war, als erwartet. Daraufhin wurde das Gründungskonzept überarbeitet und es sind Mehrkosten entstanden. Wären die Voruntersuchungen durchgeführt worden, wäre im Ergebnis lediglich früher bekannt gewesen, dass höhere Kosten durch die Baugründung entstehen. Zu den Baukosten wären dann noch die Kosten, vermutlich im fünf- bis sechsstelligen Bereich, für die Voruntersuchungen hinzugekommen.

Aufgrund der Umstellung der Gründung sei es zu der Bauzeitverzögerung gekommen. Diese könne insofern nicht dem Unternehmer angelastet werden. Der Rückbau sei von Anfang an für 2014 vorgesehen gewesen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahme zu.

einstimmig

TOP 13	Straßenbenennung Karl-Heinz-Jantzen-Weg -ASV-	Vorlage 18/269
---------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

einstimmig

TOP 14	Straßenbenennung Gröpelinger Bibliotheksplatz -ASV-	Vorlage 18/275
---------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

einstimmig

TOP 15	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand 30.06.2013 -1-	Vorlage 18/283 L/S
---------------	---	---------------------------------

Siehe auch Protokoll der staatlichen Sitzung vom 22.08.2013.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt Kenntnis.

TOP 16	EFRE-Programm 2007-2013 Umgestaltung des Platzes Fangturm	Vorlage 18/282 L/S
---------------	--	---------------------------------

Siehe auch Protokoll der staatlichen Sitzung vom 22.08.2013.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Planung für eine Umgestaltung des Platzes „Fangturm“ zur Kenntnis und stimmt der Umsetzung zu.

Gegen die Stimmen der Fraktion der CDU

TOP 17	Berichte der Verwaltung	
TOP 17a)	Sachstandsbericht zum Baugenehmigungsverfahren Blumenhorsterstraße in Bremen-Vegesack -BBN-	BdV schriftlich

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17b)	Grüner Pfeil -ASV-	BdV schriftlich
----------	-----------------------	--------------------

Herr Saxe betont, dass es nicht darum gehe, den Grünen Pfeil grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern nur die Grünpfeile, die sicherheitstechnisch bedenklich seien. Die Beiräte würden bei der Errichtung und dem Rückbau im Rahmen der TÖB beteiligt.
Die Diskussion habe sensibilisiert dafür, dass der Grünpfeil genauso zu behandeln sei, wie ein Stopp- Schild.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17c)	Regelung der Kostenteilung von Straßenumbaumaßnahmen aufgrund von Gleisersatzbaumaßnahmen der Bremer Straßenbahn AG -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17d)	Fragen zum Abfallwirtschaftskonzept -232-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Frau Dr. Schaefer regt an, beim Thema Sperrmüll mit den Trägern von z. B. Gebrauchtwarenkaufhäusern im engen Austausch zu bleiben. Sie möchte wissen, wie künftig mit recyclingfähigen Kunststoffabfällen, die kein Verpackungsmüll seien, umgegangen werden solle.

Herr Arndt berichtet, dass es in Spanien dazu ein Anreizsystem gebe. Wer Sperrmüll, also Großgeräte oder Möbelteile anmelde, bekomme bei der Abholung Pluspunkte gut geschrieben

Er erinnert an den ausstehenden Bericht zu einem Konzept, wie mit gefährlichen Abfällen und den entsprechenden Lagerungs- und Behandlungsstätten in der Stadtgemeinde Bremen umgegangen werde und wo diese angesiedelt werden sollen.

Frau Dr. Schaefer erklärt, dass es um ein Konzept für störendes Gewerbe ging und der Auftrag vorrangig an die Wirtschaftsdeputation gerichtet war.

Frau Kamp erläutert, dass auf den Recyclingstationen deutlich mehr Annahmestellen für Sperrmüll eingerichtet werden sollen. Es gebe eine sehr gute Zusammenarbeit mit Beschäftigungsträgern. Es sei wünschenswert, Sperrmüll erst gar nicht zu Müll werden zu lassen, sondern vorher einer Wiedernutzung zu zuführen.

Kunststoffabfälle, die kein Verpackungsmüll seien, müssen wiederverwertet werden. Die Aussage im Bericht gegen die Wertstofftonne beziehe sich darauf, dass zusätzliche Tonnen in Bremen an vielen Stellen zu Platzproblemen führen. Es werde weiter geprüft, wie auch diese Kunststofffraktion erfasst werden könne.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17e)	Boden- und Grundwasserkontaminationen auf dem Gelände des Tanklagers in Bremen-Farge -2-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Imhoff weist darauf hin, dass seiner Fraktion ältere Unterlagen vorliegen, als im Bericht erwähnt. Das Problem müsse daher sehr viel länger bekannt sein.

Er möchte wissen, ob durch die Vergrößerung der Fläche und der Fördermenge im Zuge der Gebietsausweisung für die Trinkwassergewinnung in Blumenthal das Trinkwasserschutzgebiet dort gefährdet sei.

Frau Dr. Schaefer schlägt vor, diese Unterlagen auch der Behörde zur Verfügung zu stellen. Es gebe Berichte über ein Abluftrohr in der Nähe oder auf dem Gelände eines Kindergartens, mit unterschiedlichen Aussagen, dass Frischluft angesaugt oder nach Öl riechende Abluft abgegeben werde. Sie bittet um Aufklärung über den Sachverhalt.

Herr Senator Lohse stellt klar, dass die Aussagen im Bericht auf den kontinuierlich gepflegten Akten im Hause basieren. Es tauchen aber auch immer wieder ältere Aktenstücke auf, die bisher im Ressort nicht vorlagen.

Hinsichtlich der Grundwasserströme gelten weiterhin die bisherigen Berichte der Verwaltung dazu. Es sei an keinerlei Steigerung der bisherigen Fördermengen gedacht. Das Einzugsgebiet sei bekannt, ebenso der Absenktrichter im Grundwasser. Das Trinkwasser sei ohne weitere Maßnahmen mindestens fünf bis acht Jahre sicher. Es gebe durch die laufenden Erkundungen eine ganze Menge an Maßnahmen, um das Trinkwasser auch darüber hinaus zu schützen. Die Reaktionszeit sei ausreichend, die Verhältnisse vor Ort bekannt und das Trinkwasser werde auch weiterhin geschützt.

Herr Wessel führt aus, dass es auf dem Kindergartengelände einen Schacht gebe. Darunter verlaufen Rohrleitungen zwischen Hafen und Tanklager. Es handele sich um einen reinen Arbeitsschacht, der mit den gepumpten Flüssigkeiten nicht direkt in Kontakt komme. Dieser Schacht müsse besetzt sein, wenn zwischen Hafen und Tanklager gepumpt werde und aus Arbeitsschutzgründen müsse er vorher bewettert, also be- und entlüftet werden. Das Entlüftungsrohr stehe ca. 70 m weiter entfernt. Damit die Armaturen in dem Schacht nicht korrodieren, werde dieser auch zwischendurch bewettert. Es werde jedoch nicht die Rohrleitung selbst entlüftet, dies erfolge nur über die Tankanlagen im Tanklager. Die zuständige Behörde bei

der Bundeswehr habe jetzt zugesagt, dass dieser Schacht und auch die Rohrleitung zur Entlüftung gereinigt werden und vor die Entlüftung ein Aktivkohlefilter komme.

Frau Dr. Schaefer erklärt, dass historische Recherchen entweder dazu dienen, den Verursacher einer Kontamination zu finden und in Regress zu nehmen oder um zu erfahren, welche Stoffe sich im Boden befinden. Der Verursacher sei hier bekannt und steht zu seiner Verantwortung. Was sich im Boden befinde, sei ebenfalls bekannt. Es wäre zielführender, Zeit und Aufwand in die Sanierung zu investieren, anstatt in die weitere historische Recherche.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 18	Verschiedenes	
TOP 18a	Markierungen am Stern	

Herr Saxe möchte wissen, ob das Gutachten vorliege und wie damit umgegangen werden solle. Die Markierungsarbeiten könnten nur bei bestimmten Temperaturen ausgeführt werden, daher werde das Zeitfenster für eine endgültige Markierung in diesem Jahr sehr eng.

Herr Polzin berichtet, dass das verkehrspsychologische Gutachten als Entwurf vorliege und im Ressort, mit dem ASV und mit dem Beirat abzustimmen sein werde, welche Vorschläge des Gutachters umgesetzt werden könnten.

Frau Pieper ergänzt, dass der Bereich für die Übergangszeit selbstverständlich in einem verkehrssicheren Zustand gehalten werde. Wenn die vorhandene Gelbmarkierung abgängig sei, werde sie erneuert, um den nächsten Winter zu überdauern und damit die Verkehrssicherheit aufrecht zu erhalten.

TOP 18b	„Neues Stellplatzortsgesetz für innovatives, nachhaltiges Bauen nutzen“	
---------	---	--

Dieser Berichtswunsch von **Herrn Werner** wird in einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet.

TOP 18c	Schließung der Kantine	
--------------------	-------------------------------	--

Herr Imhoff möchte wissen, wie es mit der Kantine weiter gehe.

Herr Staatsrat Golasowski berichtet, dass der Pächter der Kantine den Vertrag gekündigt habe. Dafür gebe es mehrere Gründe. Gleichwohl sei die Enttäuschung bei den Nutzern der Kantine sehr groß. Es werden derzeit noch Gespräche mit dem Pächter geführt, ein Ergebnis dazu werde voraussichtlich in der nächsten Woche vorliegen.

TOP 18d	Beschädigungen der Radwege an der Schwachhauser Heerstraße im Zuge der dortigen Baumaßnahmen	
--------------------	---	--

Herr Saxe fragt nach dem Umgang mit Beschädigungen der Radwege an der Schwachhauser Heerstraße im Zuge der dortigen Baumaßnahmen

Dieser Berichtswunsch wird in einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 25. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll